

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Neuorientierung der Gewerkschaftspolitik?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1963) : Neuorientierung der Gewerkschaftspolitik?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 43, Iss. 5, pp. 180-186

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133303>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Neuorientierung der Gewerkschaftspolitik?

USA: Im Hintergrund die Präsidentschaftswahlen

Als im Jahre 1959 durch Intervention des damaligen Vizepräsidenten Richard M. Nixon und des Arbeitsministers James P. Mitchell der 116 Tage andauernde Stahlarbeiterstreik beendet und der Arbeitsfrieden wiederhergestellt wurde, war von der Eisenhower-Verwaltung die Auffassung vertreten worden, daß sich diese erfolgreiche Einschaltung nutzbringend im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 1960 für die republikanische Partei auswirken würde.

Reaktion auf unhaltbare Versprechungen

Im Monat Oktober 1959 war der Erwerbslosenanteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl auf über 7% gestiegen. Die amerikanischen Gewerkschaftsführer waren mit Recht besorgt, daß ihre auf 18 Mill. Arbeitnehmer angewachsene Mitgliederzahl im Rahmen einer kontinuierlich hohen Erwerbslosenzahl eine beträchtliche Schrumpfung erfahren würde. Präsident Kennedy hatte als Kandidat rechtzeitig erkannt, daß zwar das Schwergewicht des Gewerkschaftswesens in der wirtschaftlichen Interessenvertretung verwurzelt war, daß jedoch insbesondere der Dachverband, AFL-CIO, einen mächtigen politischen Faktor darstellt. Nicht zuletzt infolge seiner Zusage, innerhalb von zwei Jahren nach Amtsübernahme einen Vollbeschäftigungsgrad zu erzielen, worunter ein maximaler Erwerbslosenanteil von 4% verstanden wurde, gaben die Gewerkschaftsmitglieder ihre Stimme für Kennedy ab.

Die beschränkte Wachstumsrate der Wirtschaft der USA, die zunehmende Mechanisierung der Landwirtschaft und die Automatisierung der Industriebetriebe waren in erster Linie dafür verantwortlich, daß Präsident Kennedy sein Versprechen nicht zu erfüllen vermochte. Von geringen Schwankungen abgesehen, stellte sich der Erwerbslosenanteil im Jahre 1962 auf

5,5 bis 5,9% und hatte im März 1963 nach leichter temporärer Besserung saisonbereinigt wieder einen Anteil von 5,7% erreicht.

Ohne drastische Maßnahmen, zu denen sich die Kennedy-Regierung bis dato nicht entschließen konnte, bestehen trotz möglicher Steuerenkungen und der Bereitstellung von Mitteln für die Neuausbildung der Arbeitslosen nur geringe Chancen, den Erwerbslosenanteil in den Jahren 1963 und 1964 nennenswert zu verringern oder sogar bis Ende 1966 auf 4% zu reduzieren. Die Zuwachsraten der jugendlichen Arbeitssuchenden in der Altersgruppe von 14 bis 24 Jahren war in der Dekade 1950/1960 auf weniger als 400 000 beschränkt. Sie wird sich jedoch auf Grund der neuesten Schätzungen im Zeitraum 1960/1970 auf mehr als 6 Mill. erhöhen. Hierbei handelt es sich in erster Linie um ungelernete Arbeiter oder um solche mit geringer Befähigung.

Hinzu kommt, daß nach Schätzungen der AFL-CIO durch die fortschreitende Automatisierung monatlich mindestens 60 000 Arbeiter erwerbslos werden, so daß selbst im Falle der Abwendung einer Rezession für die Wirtschaft kaum eine Möglichkeit gegeben ist, die Flut der Arbeitssuchenden in einem befriedigenden Ausmaß zu absorbieren. Angesichts dieser pessimistischen Prognosen sahen sich die Gewerkschaften gezwungen, gegen die Regierungspolitik Stellung zu nehmen.

„Kaiser Steel Corp.“ — nachahmenswertes Beispiel?

Nach Auffassung des amerikanischen Arbeitsministeriums sollen Lohnerhöhungen mit der Zunahme der Produktivität Schritt halten, die mit rund 3% p.a. angesetzt wird. Von dem Lohnvertrag der Hafnarbeiter abgesehen, der mit einem Zuschlag von rund 5% eine Ausnahmestellung einnahm, wurde

der Satz von 3% im allgemeinen innegehalten. Das Bestreben der Gewerkschaften ist bei den Verhandlungen vor allem darauf gerichtet, die Sicherheit der Arbeitsplätze zu gewährleisten, die Beiträge für die soziale Fürsorge zu verbessern und Urlaubs- und Pensionsrechte zugunsten der Arbeitnehmer zu modifizieren.

Die im Vorjahr getroffenen Vereinbarungen der „Kaiser Steel Corp.“ mit der Belegschaft in Fontana, Kalif., wonach die Arbeiter erstmalig in größerem Umfang an den Einsparungen in den Gesteigungskosten partizipieren, haben einen ungewöhnlich großen Anfangserfolg zu verzeichnen gehabt. Bereits im ersten Monat wurden im Rahmen des neuen Vertrages 962 000 \$ eingespart, wovon rd. ein Drittel an die Arbeiter zur Auszahlung gelangte. Dies bedeutet einen zusätzlichen Stundenlohn von 45 c pro Arbeiter.

Eine Schlüsselstellung in dem Programm der Kaiser Steel Corp. nahm die Schaffung eines Reservepools ein, der dazu dienen soll, die Arbeiter gegen den Verlust ihrer Arbeitsplätze auf Grund der Automatisierung zu schützen. Der Pool sieht vor, daß die von der Automatisierung betroffenen Arbeiter anderweitige Verwendung finden müssen, und zwar zu gleichen Lohnsätzen. So begrüßenswert diese Vereinbarung des Stahlwerkes, die zunächst für die Dauer von vier Jahren abgeschlossen wurde, ist, behaupten sowohl Industrieverbände wie Gewerkschaften, daß es verfrüht sei, ein endgültiges Urteil zu fällen oder ähnliche Lohnkontrakte in der Stahlindustrie und in anderen Industriesektoren in Vorschlag zu bringen.

Lehren aus dem Zeitungsstreik

Obwohl die Gewerkschaften sowohl im Konflikt mit den Eisenbahngesellschaften wie in den kommenden Lohnkonferenzen mit der Stahlindustrie grundsätzlich zu

weitgehenden Zugeständnissen gegenüber den Arbeitgebern nicht bereit sein werden, muß konzediert werden, daß die Verhandlungen darauf abgestellt sind, Ausstände zu verhüten. Diese Tendenz findet die Zustimmung der Industrien. Angesichts der Verluste, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Zeitungsstreik der 27 betroffenen Tageszeitungen in New York, Cleveland und Minneapolis erlitten hatten, hat die „American Newspaper Publishers Association“ beschlossen, einen gemeinsamen Ausschuß zu bilden, um die Arbeitsprobleme zu überprüfen und Ausstände zu verhüten. Für den Fall, daß eine Einigung hinsichtlich eines Lohnkontraktes nicht erzielt werden kann, soll ein inoffizieller Arbeitsgerichtshof, bestehend aus Mitgliedern der Verlagsunternehmen, der Gewerkschaften und der Öffentlichkeit, als Schiedsrichter auftreten, dessen Entscheidung für beide Parteien bindend sein soll.

Die fünf Gewerkschaften, die ihre Mitglieder in dem Lohnkonflikt mit den Eisenbahngesellschaften vertreten, werden von Mitte Juni 1963 an, wenn der Railway Labour Act abläuft, die Ermächtigung besitzen, einen Generalstreik der Eisenbahnarbeiter zu erklären. Der Vorsitzende des von Präsident Kennedy am 3. April 1963 eingesetzten Schlichtungsausschusses, Rechtsanwalt Samuel I. Rosenman, äußerte sich nach verschiedenen Besprechungen mit den Gewerkschaften, denen rd. 175 000 Mitglieder angehören, pessimistisch über

die Aussichten einer Einigung. Die Eisenbahngesellschaften vertreten den Standpunkt, daß das sogenannte „featherbedding“ die Produktivität verringere und die Generalunkosten ungebührlich erhöhe. Es handelt sich hierbei um eine Vielzahl interner Arbeitsregeln, und zwar in erster Linie um eine Klausel, wonach kein Arbeiter von seinem Arbeitsplatz auf einen anderen, niedriger bezahlten ohne die Genehmigung der Gewerkschaft versetzt werden darf.

Bei den Tarifverhandlungen in der Eisenbahnindustrie steht jedoch die Forderung der Arbeitgeber im Vordergrund, auf Grund derer, über eine Reihe von Jahren verteilt, 65 000 Arbeiter, zumeist Heizer für Diesellokomotiven, im Hinblick auf die Automatisierung entlassen werden sollen. Die Eisenbahngesellschaften machen geltend, daß es vor allem darauf ankäme, nicht nutzbringende Arbeitskräfte auszuschalten, für die in dem vorgenannten Fall jährliche Lohnzahlungen in Höhe von 600 Mill. \$ aufgebracht werden müssen. Am 11. Mai 1963 wurde von dem Schlichtungsausschuß ein Einigungsvorschlag unterbreitet, über dessen Annahme oder Ablehnung Arbeitgeber und Arbeitnehmer innerhalb eines Monats zu entscheiden haben werden. Sollten die Verhandlungen scheitern, so sind die Eisenbahngesellschaften berechtigt, die neuen Arbeitsregeln in Kraft zu setzen, während die Gewerkschaften einen Ausstand ankündigen können.

Kennedy im Dilemma

Der derzeitige Richter des Supreme Court in Washington und vormalige Arbeitsminister, Arthur Goldberg, hatte bereits vor einem Jahr den Gewerkschaften der Eisenbahnarbeiter erklärt, daß die Kennedy-Regierung keinen Streik dulden werde. Der im Amt befindliche Arbeitsminister, Willard W. Wirtz, hat darüber hinaus die Gewerkschaftsführer informiert, daß dem Kongreß legislative Maßnahmen unterbreitet werden würden, auf Grund derer sich beide Parteien dem Spruch eines Schiedsgerichtes zu unterwerfen hätten.

Man geht wohl in der Annahme kaum fehl, daß es der Kennedy-Regierung ein Jahr vor den Neuwahlen darum zu tun sein wird, einen Bruch mit den Gewerkschaften zu vermeiden. Diese Haltung geht u. a. daraus hervor, daß der gewerkschaftsfreundliche demokratische Anwalt Arnold Ordman von Präsident Kennedy zum „General Counsel“ des „National Labour Relations Board“ ernannt wurde. Die Arbeitgeber haben gegen diese Ernennung des demokratischen Harvard-Professors Einwand erhoben, da seine Unparteilichkeit nicht über alle Zweifel erhaben sei. Außerdem bestehen Bedenken, daß Präsident Kennedy die Amtszeit des republikanischen Ausschußmitgliedes, die im August dieses Jahres abläuft, nicht erneuern wird.

Die Kennedy-Verwaltung befindet sich in einem Dilemma. Sie beabsichtigt einerseits, nichts zu

Tradition und Erfahrung,

Auslandsvertretungen in
Beirut, Buenos Aires,
Johannesburg, Kairo,
Kapstadt, Madrid,
Rio de Janeiro,
Tokio und Windhoek

fachliches Können und weltweite Verbindungen bilden die Grundlagen unserer Arbeit. Auf ihnen baut sich unser vielfältiger Kundendienst auf. Seine Vorteile sollten auch Sie sich zunutze machen.

COMMERZBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Hauptverwaltungen in
DUSSELDORF · FRANKFURT A. M. · HAMBURG

Geschäftsstellen überall in der Bundesrepublik und in West-Berlin

unternehmen, was die bereits beträchtliche Machtentfaltung der Gewerkschaften stärken könnte, während andererseits der Versuch un-

ternommen werden soll, auch in den Präsidentschaftswahlen des kommenden Jahres die Unterstützung der Arbeiter zu erhalten. (E.B.)

ningen = schwedische Arbeitgebervereinigung) das sog. Saltsjöbadener Abkommen (Saltsjöbaden ist ein Vorort von Stockholm) geschlossen. Sein wichtigster Inhalt ist die Einsetzung gemeinsamer Ausschüsse für die verschiedensten Bereiche der Arbeit, die neben anderen Aufgaben die Beilegung von Konflikten, die Beteiligung der Arbeiterseite an der Betriebsführung, Unfallfragen und vor allem die Einkommensverhältnisse so zu regeln versuchen, daß das Eingreifen des Staates überflüssig wird.

SKANDINAVIEN:

Große wirtschaftliche Aktivität der Gewerkschaften

In Norwegen und in Schweden sind die Gewerkschaften (Landsorganisationen) zwar erst um die Jahrhundertwende und damit später in den Wirtschaftsprozeß einbezogen und gewissermaßen zu einem auch wirtschaftspolitischen „Machtfaktor“ entwickelt worden als in der Mehrzahl anderer westeuropäischer Länder; dafür aber dürfte heute, besonders in Schweden, ihre Stellung auch stärker als in jenen Ländern sein.

Stabile Harmonie — harmonische Stabilität

Diese Stärke der skandinavischen Gewerkschaften mag sich daraus erklären, daß sowohl in Norwegen als auch in Schweden die Regierungen seit mehr als drei Jahrzehnten ganz überwiegend sozialdemokratischer und sozialistischer beziehungsweise ausgesprochen liberaler Färbung gewesen sind. Es kommt hinzu, daß auf Grund der ökonomischen Struktur der beiden skandinavischen Länder die wirtschafts- und sozialpolitischen Gegensätze kaum von auch nur annähernd ähnlicher Größenordnung waren wie anderswo. Unterstrichen wird diese Feststellung durch die Tatsache, daß in den skandinavischen Ländern die politische Entwicklung seit Jahrzehnten deutlich stabil gewesen ist, von wenigen Ausnahmen zum Beispiel während des zweiten Weltkrieges abgesehen.

Politische Reife durch Erfahrungen

Andererseits aber waren im letzten Jahrzehnt vor dem zweiten Weltkrieg die norwegischen Gewerkschaften ebenso wie die Arbeiterpartei scharf „linksorientiert“ im Sinne syndikalistischer, ja sogar kommunistischer Gedankengänge. Die Erfahrungen im zweiten Weltkrieg haben indessen die nor-

wegischen Gewerkschaften auf eine ganz bedeutend gemäßigte Linie zurückgeführt.

Für die Fragestellung „Neuorientierung der Gewerkschaftspolitik?“ ist in beiden skandinavischen Ländern von entscheidender und ausschlaggebender Bedeutung, daß nach Kriegsende die Gewerkschaften in Norwegen und noch betonter in Schweden mit der Forderung nach Vollbeschäftigung vorgegangen, ja geradezu „bahnbrechend“ gewesen sind.

Die Begründung für diese Forderung ist naturgemäß in der sozialistischen These des „Rechts auf Arbeit“ zu sehen. Außerdem aber besteht nicht der geringste Zweifel darüber, daß die skandinavischen Gewerkschaften — zwangsläufig auch die sozialdemokratischen Parteien in beiden Ländern — aus den schlechten politischen Erfahrungen gelernt haben, die andere Länder Westeuropas mit einer großen und lange anhaltenden Arbeitslosigkeit gemacht haben. Mit anderen Worten: es wurde die Erkenntnis gewonnen, daß Arbeitslosigkeit, unzureichende Bezahlung, das eventuelle Aufkommen zu starker sozialer Unterschiedlichkeiten oder auch Spannungen unweigerlich zu einer politischen Radikalisierung der Massen führen müssen. Von dem, was aus solcher Entwicklung leicht resultieren könnte, will indessen in Norwegen und in Schweden kein Mensch etwas wissen.

Echte Sozialpartnerschaft

Das Hauptanliegen der skandinavischen Gewerkschaften umfaßt die Lohn- und Einkommenspolitik im weitesten Sinne. Bereits im Jahre 1938 wurde zwischen der LO (Landsorganisation = Zentralverband der Gewerkschaften) und der SAF (Svenska Arbetsgivareföre-

Für die Lohn- und Einkommenspolitik haben seitdem die LO und der SAF ein Verhandlungsverfahren entwickelt, das von vielen Ländern in der Welt als vorbildlich bezeichnet wurde. Werden Tarifverhandlungen fällig, dann setzen sich die beiden Sozialpartner nach sorgfältigsten Vorbereitungen auf beiden Seiten absolut gleichberechtigt an einen Tisch und „handeln“ im allgemeinen so lange miteinander, bis sie zu einer für beide Gruppen tragbaren Lösung gekommen sind. Als Grundlage der Gespräche dienen eigene Untersuchungen und Berechnungen, aber auch das in jedem Jahre von der schwedischen Regierung erstellte Nationalbudget, ferner die Untersuchungen des Stockholmer Konjunkturinstituts sowie Berichte der Banken und der großen Gesellschaften.

Diese Tarifverhandlungen sind ein großes „Tauziehen“ der Sozialpartner. Es geht im allgemeinen dabei keineswegs ohne unter Umständen sehr scharfe Auseinandersetzungen ab. Grundsätzlich aber sind die Partner von vornherein auf Verständigung eingestellt, um den Arbeitsfrieden zu erhalten. Die Zentralorganisationen der LO und des SAF schließen einen Rahmenvertrag ab, innerhalb dessen die endgültige Ausformung der Tarifverträge den einzelnen Fachverbänden beider Sozialpartner überlassen bleibt. Bisher hat sich dieses System gut bewährt, kleinere Arbeitskonflikte und sogar auch Streiks sind gelegentlich vorgekommen, in der großen Linie der schwedischen Einkommenspolitik waren sie aber von ganz geringer Bedeutung. Es ist aus diesem Grunde

kaum anzunehmen, daß die schwedische LO ihre Einstellung z. B. zum Streikrecht in absehbarer Zeit wesentlich revidieren könnte, denn ins Gewicht fallende volkswirtschaftliche Schäden sind durch die erwähnten Konflikte kaum entstanden.

Notwendige staatliche Intervention in Norwegen

In Norwegen liegen die Verhältnisse etwas anders. In diesem Lande wurden bisher die Tarifabkommen zwischen den Fachverbänden der Gewerkschaften und der Arbeitgeber ausgehandelt. In diesem Jahre wurde zum ersten Male auch in Norwegen auf zentraler Ebene zwischen den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Arbeitgeber verhandelt. Da sich ein Ergebnis nicht erreichen ließ, wurde der Staat als Schlichter eingeschaltet. Nach sehr langwierigen, teilweise dramatischen Verhandlungen kam es zu einer generellen Vereinbarung unter der Bedingung, daß von seiten des Staates eine Stabilität der Verbraucherpreise garantiert wird.

Das Verhandlungsergebnis bedarf noch einer Abstimmung, die jedoch positiv ausfallen dürfte. Bemerkenswert aber ist, daß in Norwegen der

Arbeitsfriede nur unter einer gewissen Mitwirkung des Staates sichergestellt werden konnte. Da die norwegischen Arbeitgeber mit der Aussperrung gedroht hatten, darf mit einiger Bestimmtheit vermutet werden, daß es auf der Gewerkschaftsseite Erwägungen über eine Einschränkung im Streikrecht nicht gibt.

Für ein geeintes Europa

Als Ergebnis kann festgehalten werden, daß die skandinavischen Gewerkschaften seit langem eine große wirtschafts- und sozialpolitische Aktivität entwickelt haben — und sicher weiterentwickeln werden. Das gilt in der gleichen Weise für praktisch alle anderen Bereiche der Produktion, aber auch des Konsums. Hierbei steht der Grundsatz an der obersten Stelle, die wirtschaftliche Entwicklung in Norwegen und in Schweden auch von der gewerkschaftlichen Seite so gut voranzutreiben wie irgend möglich, selbstverständlich aber auch gleichzeitig den Frieden am Arbeitsmarkt aufrechtzuerhalten.

Die gegenwärtige handelspolitische Spaltung Westeuropas macht die Einhaltung dieser beiden Zielsetzungen geradezu zu einem Zwang für Skandinaviens Volkswirtschaften. (dt.)

den ersteren sind die Zentralen zu bürokratisch, den letzteren die Orts- und Fabrikgruppen zu eigenmächtig und impulsiv. Handelt es sich hier nur um taktische und persönliche Differenzen, so reicht der Zwiespalt zwischen Industrie- und Fachverbänden und zwischen expansiven und stagnierenden Wirtschaftszweigen in das Feld der Strategie und Politik. Aber auch hier entwickeln sich Grundsatzfragen oft zu einem Streit über Persönlichkeiten und werden, um niemanden im Ansehen zu schmälern, im Komitee durch einen allgemein annehmbaren Kompromiß „gelöst“, bis man sie nicht mehr länger unerledigt liegen lassen kann.

Zu keiner der drängenden wirtschaftspolitischen Fragen haben die britischen Gewerkschaften eindeutig und endgültig Stellung nehmen, geschweige denn eine Initiative entfalten können, einfach weil zu viele verschiedene Interessen und Wünsche unter einen Hut zu bringen sind.

... trotz Reformbedürfnis

Heute setzt sich auch in den Gewerkschaften die Erkenntnis durch, daß sie ihre Organisation, Methoden und Zielsetzung dringend überprüfen müssen. Es ist lächerlich, wenn ein bedeutender Arbeitgeber, wie es vorgekommen ist, mit 21 Gewerkschaften verhandeln muß und, wenn er sich mit ihnen geeinigt hat, noch immer nicht weiß, ob sich ihre zentralen Leiter in seiner Fabrik gegenüber inoffiziellen Sprechern durchsetzen können. Die um ihre Mitgliederzahlen bangenden, auf überkommene Rechte pochenden Berufsverbände müssen den Industriegewerkschaften weichen; außerdem muß auch die innergewerkschaftliche Disziplin gegenüber politisierenden, von Furcht vor Massenentlassungen profitierenden Scharfmachern unbedingt gestärkt werden. Darüber hinaus sollten die Gewerkschaften allmählich begreifen, daß Streikdrohungen und Duldung inoffizieller Ausstände ihren Interessen allgemein abträglich sind und von der öffentlichen Meinung nur als letzte Zuflucht toleriert werden.

GROSSBRITANNIEN: Gewerkschaftspolitik in der Sackgasse?

Selten haben sich die britischen Gewerkschaften so einsam und mißverstanden gefühlt wie jetzt. Unter ihren Mitgliedern herrscht Apathie; nur der numerisch schwache linke Flügel macht sich — unangenehm — bemerkbar. Die Presse zeichnet die Gewerkschaften als altersmüde, schwerfällig, engstirnig und ängstlich, mitunter auch unverantwortlich und selbstsüchtig. Bei amtlichen Stellen gelten sie als unbehilflich, unelastisch und obstruktiv. Die Regierung mißt ihnen die Hauptschuld an Inflation und anderen Wirtschaftsübeln bei. Ihren politischen Freunden sind sie ein Stein des Anstoßes. Fortschrittliche Industrielle und höher qualifizierte

Arbeitskräfte betrachten sie als einen unnützen Hemmschuh. Nur bei ihren eigentlichen Gegnern, den Arbeitgeberverbänden, finden sie Verständnis, vielleicht weil diese ihre Nöte am besten kennen, vielleicht aber auch, weil ihre Interessen heute oft parallel verlaufen. Dem Konsumenten scheint es, daß die „Sozialpartner“ oft recht asozial handeln.

Interessenpolitik . . .

Nicht genug mit der Kritik von außen, die britischen Gewerkschaften sind auch noch im Innern uneinig. Zwischen gewählten Vertrauensleuten und beamteten Funktionären gibt es dauernd Reibereien;

Obwohl freiwillige Arbeitsniederlegung tatsächlich heute in England geringere Produktionsausfälle verursacht als irgendwann in der Vergangenheit, nimmt man den Gewerkschaften die vielen Kurzstreiks übel, weil sie nur die Fähigkeit demonstrieren, dem Publikum Unannehmlichkeiten zu bereiten, aber die Arbeitgeber meist kaum stören.

Konstruktive Partnerschaft!

Da es nicht mehr die Aufgabe der Gewerkschaften zu sein braucht, den Arbeitnehmer gegen einen übermächtigen Arbeitgeber und eine gleichgültige Obrigkeit zu schützen, können sie heute einen weniger defensiven, dafür aber positiveren Beitrag zur Lösung sozialer und ökonomischer Probleme leisten. Der stetige Anstieg des Nationaleinkommens einerseits und der Lebenshaltungskosten andererseits erfordert allerdings ständige Wachsamkeit, damit die gewerkschaftlich vertretenen Arbeitnehmer nicht ins Hintertreffen geraten. Aber bei anderen Bevölkerungsschichten mit genau demselben Interesse stehen einige Gewerkschaften im Verdacht, vorpellen zu wollen, indem sie die Schlüsselposition ihrer Mitglieder ausnutzen und den normalen Produktionsverlauf ganzer Wirtschaftszweige zu stören drohen.

Ihre volle Mitarbeit als ebenbürtige und verantwortliche Partner von Regierung, Unternehmern und Verbrauchern in den verschiedenen, zur Klärung volkswirtschaftlicher Fragen geschaffenen unabhängigen Gremien wäre die beste Antwort auf solche Verdächtigungen und würde Ansehen und Einfluß der Gewerkschaften bestimmt stärken, wobei es ihnen natürlich unbenommen bliebe, im Interesse ihrer Mitglieder auf eine Erhöhung des Anteils am Sozialprodukt zu drängen, soweit dies ökonomisch oder sozial gerechtfertigt ist. Gerade die stärksten Gewerkschaften wollen sich aber nicht ihrer erprobten Kampfmittel entledigen, solange die Gegenseite nicht ihren guten Willen bewiesen hat.

Tendenzen nach „rechts“

Da die englischen Arbeiter zusehends bürgerliche Lebensgewohnheiten annehmen, fällt den Gewerkschaften die Aufgabe zu, auch auf Sicherung eines bürgerlichen Lebensstils zu achten: Bezahlter Urlaub, Werkswohnungen, Umzugszuschüsse, Studien- und Schulungsbeihilfen, Kündigungsschutz und -entschädigung und andere Sozialleistungen seitens der Arbeitgeber sind in Großbritannien vielleicht weniger entwickelt als in manchen anderen europäischen Ländern. Die Gewerkschaften haben auch bei der Modernisierung und Rationalisierung einzelner Wirtschaftszweige, z. B. der Eisenbahnen und des Schiffbaus, eine wichtige Rolle zu spielen, selbstverständlich hauptsächlich im Interesse ihrer Mitglieder. Aber sie dienen ihnen am besten, wenn sie sich gesamtwirtschaftlich nützlichen Veränderungen möglichst nicht widersetzen; und das ist nicht leicht, wenn die Mitglieder um ihre eigene Existenz bangen.

Es ist paradox, daß die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern in Großbritannien in ähnlichen Unternehmen und Wirtschaftszweigen mitunter ganz verschieden sind. Von zwei Kraftfahrzeugfabriken nördlich Londons, beide amerikanischen Konzernen gehörend, leidet eine dauernd aus nichtigen Grün-

den an Streiks, während die andere ungestört arbeitet. Der verstaatlichte Kohlenbergbau erhöht seine Ausbeute je Schicht und Arbeiter Jahr für Jahr auf Grund der fortschreitenden Mechanisierung, ohne irgendwelche Schwierigkeiten mit den Kumpeln zu haben, während die ebenfalls staatlichen Eisenbahnen von einem Warnstreik bedroht waren, noch ehe sie ihr Modernisierungsprogramm in Angriff nahmen. Hier scheinen persönliche Animositäten mitzuspielen.

„Ideologische Restbestände“

Leider herrscht unter den Arbeitern mancher britischen Industriezweige noch der Geist der Maschinenstürmer. Daß sich die Gewerkschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht gegen Mechanisierung und Automatisierung auflehnen können, wird aber allmählich allgemein anerkannt, und einige Gewerkschaften akzeptieren offen die Forderung der Arbeitgeber, als Gegenleistung für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen die Arbeitsproduktivität steigern zu helfen. Das bedeutet oft den Verzicht auf traditionelle Privilegien, der gerade den Arbeitern in den Berufsverbänden schwer ankommt. Aber früher oder später werden alle Gewerkschaften das Prinzip solcher Gegenleistung anerkennen müssen. (A.)

FRANKREICH: Gewerkschaften mißtrauen dem Staat

In der französischen Gewerkschaftsbewegung lassen sich zur Zeit zwei nur scheinbar widerspruchsvolle Tendenzen beobachten: Die eine läuft in Richtung einer Politisierung, die andere zielt auf Abstand gegenüber dem Staat und auf Wahrung einer uneingeschränkten gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit ab.

Politische Ambitionen

Die Arbeitnehmerverbände erkannten in den letzten Jahren, daß sich die wirtschaftliche und soziale Lage nicht mehr von den allgemeinen politischen Verhältnissen tren-

nen läßt. Die in Frankreich besonders deutliche Zurückdrängung der Parteien und des Parlaments legte ihnen außerdem die Verpflichtung nahe, sich um die Schließung einer unbestreitbar vorhandenen politischen Lücke zu bemühen und auf Ebenen in Erscheinung zu treten, die bisher den politischen Gruppen und Parteien vorbehalten waren; die tiefen Auswirkungen des Algerienkrieges beeinflussten ebenfalls diese Überlegungen. Allerdings wurden sich die einzelnen Gewerkschaften über das wünschenswerte Ausmaß der Politisierung, d. h. der politischen Verantwortung, bisher nicht einig.

Die kommunistische CGT soll auf Wunsch der Partei nach außen hin möglichst unpolitisch ihre Aufgabe erfüllen. Die sozialistisch orientierte Force Ouvrière empfindet Schwierigkeiten, mit einer langen unpolitischen Tradition der Gewerkschaften zu brechen. Man darf nicht vergessen, daß die französische Gewerkschaftsbewegung immer Wert darauf legte, an keine Partei gebunden zu sein. Es gab auch nie einen Gewerkschaftsverband, der eine Partei direkt unterstützt hätte, sieht man von der Doppelzüngigkeit der kommunistischen CGT ab.

Den stärksten Drang zur Politisierung zeigt die christliche Gewerkschaft CFTC, die jedoch gleichzeitig ihre Eigenpersönlichkeit trotz ideologischer Nachbarschaft zur Volksrepublikanischen Partei (MRP) betont. Eine Politisierung ist ferner bei der Kadergewerkschaft zu beobachten, die die höheren Angestellten und Techniker erfaßt, und bei Verbänden, die traditionell nicht zum Bereich der Gewerkschaften gehören, sich aber neuerdings in diese Gruppe einreihen lassen wollen; hierzu zählen die Studentenorganisationen und die Bauernverbände.

Nur die Kommunisten machen nicht mit

Die Politisierungswelle wurde durch den Bergarbeiterstreik überraschend abgebremst. Nicht zuletzt unter dem Druck der Kommunisten entsprach dieser Streik den traditionellen Regeln der französischen Gewerkschaften, da er auf reiner Berufsebene geführt wurde. Die Kommunisten vertraten die Ansicht, daß auf diese Weise das Prestige des gaullistischen Regimes am sichersten erschüttert werden

könnte, während ihm eine Politisierung unnötige Trümpfe in die Hand gespielt hätte. Außerdem liegt den Kommunisten ungeheuer viel an einer gewerkschaftlichen Einheitsfront, die sie ihrer Meinung nach nur unter Ausschaltung jeder politischen Zielsetzung zu erreichen vermögen.

Trotzdem werden aller Wahrscheinlichkeit nach die nichtkommunistischen Verbände zu einer Politisierung zurückkehren, weil sie im privaten Sektor mit Lohnforderungen, die häufig im innerbetrieblichen Rahmen und aus dem Geiste der Betriebsgemeinschaft heraus geregelt werden, nicht viel erreichen können und weil sie ihr Prestige — bei unverändert geringer Mitgliederzahl — nur politisch aufwerten können. Man darf nicht vergessen, daß selbst nach optimistischen Schätzungen kaum mehr als ein Drittel der französischen Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert ist und regelmäßig Beiträge bezahlt.

Gewerkschaften in der Zwickmühle

Diesen Hang zur Politisierung möchte die Regierung ausnutzen, um die Gewerkschaften in das Staatsgefüge einzubauen und ihnen eine wirtschaftliche Verantwortung aufzubürden, mit dem verständlichen Bestreben, auf diese Weise ihre demagogische Aktionsfreiheit einzuschränken. Die Arbeitnehmerverbände stehen hierbei vor einer schwierigen Wahl. Einerseits sind sie ihren Mitgliedern und auch ihrer Doktrin gegenüber verpflichtet, eifrig an der Verwirklichung einer Wirtschaftsdemokratie zu arbeiten, andererseits wollen sie sich jedoch nicht die Hände binden lassen und empfinden es als höchst

unliebsam, einen Teil der politischen Verantwortung der Regierung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung selbst zu übernehmen.

Die französischen Vorstellungen von der Wirtschaftsdemokratie sind eigener Art. Die Arbeiter zeigen unverändert geringes Interesse für das Mitbestimmungsrecht und begnügen sich durchaus mit einer dynamischen Lohnpolitik, die durch Produktivitätsprämien und Gewinnbeteiligungen ergänzt werden kann. Die Gewerkschaften sehen nach wie vor in der Mitbestimmung, die zu einer Stärkung der Betriebsgemeinschaft führt, eine Gefahr für ihren eigenen, jetzt schon sehr ungenügenden Einfluß auf die Arbeiterschaft. Die Wirtschaftsdemokratie soll sich daher auf höherer Ebene installieren: Vertreter der Arbeitnehmer erhalten bei der Ausarbeitung der Wirtschaftspolitik ein Mitspracherecht. Die Gewerkschaften möchten hierbei sehr deutlich die Distanz gegenüber dem Staat wahren.

Außerdem bestehen ernstliche Befürchtungen vor einem korporativen System, d. h. vor einer Ergänzung des Parlamentarismus durch eine die Berufsinteressen vertretende Kammer. Praktisch bedeutet dies, daß die Gewerkschaften zwar mit einer Ausweitung ihrer Beteiligung an dem Nationalen Wirtschafts- und Sozialrat durchaus einverstanden sind — verbunden mit dem Wunsch nach stärkerer Berücksichtigung der Empfehlungen dieser beratenden Versammlung durch die Regierung, besonders was den Wirtschaftsplan betrifft —, daß sie jedoch gleichzeitig die teilweise Umwandlung des Senats in eine berufsständische

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
36 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Kammer ablehnen, nicht zuletzt weil sie hierin eine Eingliederung in das politische System erblicken.

Die Gewerkschaften haben Angst, von den Sachverständigen des Rates überrannt zu werden, denn die Zahl ihrer geschulten Kader ist klein; hinzu kommt, daß diese Gruppe eine gewerkschaftsfremde Sprache spricht und dem Einfluß der Technokraten unterliegt.

Den Gewerkschaften ist es vorläufig noch nicht klar, wie sie diese Schwierigkeit überwinden sollen. Der Staat wäre bereit, die Ausbildung gewerkschaftlicher Führungskräfte mit allen Mitteln zu unterstützen. Dies aber würde natürlich die gewerkschaftliche Unabhängigkeit beeinträchtigen. Andererseits schreckt man vor der

Gefahr eines „außergewerkschaftlichen Verhaltens“ der eigenen Elite zurück. Wahrscheinlich bedarf es noch eines längeren Zeitraumes und einer gründlichen inneren Umstellung, bevor die französische Gewerkschaftsbewegung zur Eingliederung in die wirtschaftspolitische Verantwortung reif ist — selbst unter Wahrung ihrer Selbständigkeit. (fr.)

Renate Haering, Hamburg:

Ansatzpunkte wirtschaftlicher Zusammenarbeit in Südostasien

Seit der Konflikt zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs den Traum von einer weltweiten Zusammenarbeit zerstörte, zeichnet sich in der Wirtschaftspolitik sowohl des Westens als auch des Ostens ein immer stärker werdender Trend zur Bildung regionaler Wirtschaftsgruppen ab. Nicht nur in den Industrienationen, sondern auch in den Entwicklungsländern setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Bildung von größeren Wirtschaftsräumen eine der entscheidenden Voraussetzungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist. Der Zwang und die Möglichkeiten, diesem tiefgreifenden Strukturwandel zu folgen, sind jedoch unterschiedlich stark.

Überregionale Zusammenarbeit oder nationale Konsolidierung?

In Süd- und Südostasien war die wirtschaftliche Zusammenarbeit bisher äußerst gering. Obwohl die steigenden Befürchtungen vor den Auswirkungen der EWG, die Sorge um die Stabilisierung der Rohstoffmärkte und der von dem benachbarten kommunistischen Block ausgehende Druck das regionale Denken von Jahr zu Jahr vertiefte und der Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen für Asien und Fernost (ECAFE) bemüht war, durch die Ausarbeitung einer Reihe eindrucksvoller Pläne die Tendenz zur überstaatlichen Zusammenarbeit zu fördern, gelang es bisher nicht, in größerem Rahmen konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Neben geographischen Gegebenheiten und kulturellen Unterschieden wirkten die verschiedenen wirtschaftlichen Entwicklungsstufen, der Mangel an Devisen, Kapital, Unternehmern und Facharbeitern sowie die geringen Aussichten, im Falle eines Zusammenschlusses den Warenaustausch untereinander zu steigern, hemmend auf die Verhandlungen.

Es wäre jedoch verfehlt, allein in wirtschaftlichen Schwierigkeiten den Grund für das Scheitern der Bemühungen zu sehen. So wie es wohl keine politische Gemeinschaft ohne wirtschaftliche Verbindung gibt, so wenig kann eine wirtschaftliche Solidarität ohne Berücksichtigung der politischen Belange entstehen. Das trifft für Süd- und Südostasien in besonderem Maße zu. Die von der Kolonialherrschaft befreiten, neu-

erstandenen Staaten sind in ihrer überwiegenden Zahl noch keine Nationen im europäischen Sinne; sie besitzen keine gemeinsame kulturelle Tradition und sprachliche Bindung. Ihr beherrschendes Problem ist daher die Konsolidierung der eigenen Nation. Daraus resultiert ein überwiegend politisches Denken und die Tatsache, daß dem Nationalismus, der seine Dynamik in Europa bereits verloren hat, in den südostasiatischen Ländern wachsende Bedeutung zukommt.

Die vom Nationalismus ausgehende positive Kraft darf nicht unterschätzt werden. Sie ist nicht nur ein potentieller Bundesgenosse im Widerstand gegen den Kommunismus, sondern auch die notwendige Voraussetzung für eine gleichmäßigere Einkommensverteilung, die ihrerseits erst den Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung auszulösen in der Lage ist. Bei dem Bestreben, sich in die neuartige überstaatliche Arbeitsteilung einzugliedern, entsteht hierdurch jedoch zweifellos eine Antinomie der Ziele.

Die Lösung aus diesem Dilemma ist für die südostasiatischen Länder nicht einfach. Beide Forderungen — stärkere nationale Konsolidierung auf der einen Seite, überstaatliche Zusammenarbeit auf der anderen — brechen mit der gleichen Intensität über sie herein, und die Auffassungen darüber, welcher die Priorität zugestanden werden sollte, treffen oft hart aufeinander. Einige Politiker fordern eine bewußte Heranbildung des Staatsbewußtseins und Unterstützung der nationalen Eigenarten, während andere hoffen, daß sich die Entwicklung in ihren Ländern direkt vom vor-nationalen Feudalismus zur nach-nationalen modernen Gesellschaft vollziehen wird.

Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß sich einer der beiden Wege allein als gangbar erweisen wird. Wie so oft, scheint die Lösung hier in der Mitte zu liegen. Für die überstaatliche Zusammenarbeit bedeutet das, daß der Ansatzpunkt zu ihrer Verwirklichung nicht wie in Europa der Abbau von Wirtschaftsbeschränkungen sein kann, sondern eine subregionale harmonisierte Wirtschaftsplanung und eine koordinierte Diversifizierung der Produktion, die die einzelstaatliche Entwicklung berücksichtigt, während sie gleichzeitig ein zwischenstaatliches Loyalitätsgefühl entstehen läßt.